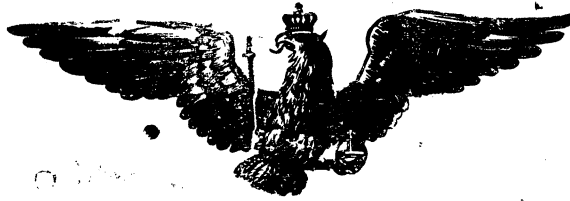


Delscher Kreisblatt.



Erscheint jeden Freitag.
Preis vierteljährlich 60 Pf.,
durch die Post bezogen 75 Pf.
Inserate werden bis Donnerstag Mittag
in der Expedition angenommen.

Preis für die 3gespaltene Zeile 10 Pf.,
für außerhalb des Landgerichtsbezirks Dels
Wohnende 15 Pf.

Bedingt die Aufnahme eines Inserats
den Druck einer Beilage, so erhöhen sich
die Kosten desselben um 3 Mark.

Redakteur: Hermann Kappner.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 3.

Dels, den 22. Januar 1909.

47. Jahrg.

Am t l i c h e r T h e i l.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths.

Nr. 18. Dels, den 17. Januar 1909.
Am 16. Februar d. Js., Vormittags 10 Uhr, findet
im Gerichtsgebäude in Bernstadt eine Waisenraths-
sitzung statt. Die Herren Waisenräthe des Gerichtsbezirks
Bernstadt ersuche ich, zu diesem Termine zu erscheinen.
Wegen eventueller Gewährung von Reiskosten wollen sich
die Waisenräthe mit den Ortsbehörden in Verbindung setzen.

Nr. 19. Dels den 15. Januar 1909.
Betrifft Reklamationen von Militärpflichtigen.
Bei dem Musterungsgeschäfte ist wiederholt die Wahr-
nehmung gemacht worden, daß die Reklamationen, die im
ersten Militärpflichtjahre eingereicht worden sind, für später
nicht erneuert werden, vielmehr angenommen wird, daß
diese auch für die nächsten Jahre Gültigkeit haben. Diese
Annahme ist jedoch nicht zutreffend. Die Reklamationen
sind alljährlich, und zwar vor dem Musterungsgeschäft,
spätestens aber bei diesem schriftlich nach den bekannten Formularen
bei mir anzubringen und zwar solange, bis über den
Militärpflichtigen, welcher reklamiert wird, von der Ober-
Ersatzkommission endgültig entschieden ist. Ueber die Re-
klamationen trifft zunächst die verstärkte Ersatzkommission,
und zwar am Schlusse des Ersatzgeschäftes, Entscheidung.
Zu diesem Termine haben die Angehörigen des Reklamierten
sowie der Gemeindevorsteher zu erscheinen.
Die Gemeindevorstände haben diese Bekanntmachung
zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen.

Nr. 20. Dels, den 15. Januar 1909.
Zu welchem Zeitpunkt müssen Militärpflichtige den
Meldechein nachsuchen, um sicher zu dem von ihnen aus-
gesuchten Truppentheil zu gelangen?
Bei dem Ersatzgeschäft habe ich wiederholt die Wahr-
nehmung gemacht, daß viele Militärpflichtige, nachdem sie
als tauglich vorgemustert waren, die Ertheilung eines Melde-
scheins nachsuchten. Zur Annahme derartiger Militärpflichtiger
bedarf aber der Truppen- oder Marinetheil der Genehmigung
der Ober-Ersatz-Kommission. Wenn diese — was neuerdings
oft geschieht — versagt wird, so können die jungen Leute
bei dem von ihnen gewünschten Truppentheil nicht eingestellt
werden. Es ist deshalb nothwendig, daß sie sich den Melde-
schein im Dezember oder Januar beschaffen und unter Vor-
legung desselben sich so zeitig bei einem Truppentheil melden,
daß sie vor dem 1. Februar schon im Besitz des Annahme-

scheines sind. Welche Schriftstücke zur Erlangung des
Meldecheines erforderlich sind, ist in meiner Verfügung vom
29. September 1902 (Kreisblatt 1902. S. 162) ausgeführt.
Ich veranlasse die Gemeindevorstände, vorstehende Be-
kanntmachung zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen.
Nur bei Einhalten dieses Verfahrens besteht die Sicher-
heit, bei dem gewünschten Truppentheil dienen zu können.

Nr. 21. Dels, den 11. Januar 1909.
Die Revision der Militärstammrollen findet statt:
Montag, den 1. Februar 1909,
Vormittags 8 Uhr
Allerhelligen, Bartley, Bo. Stadt Bernstadt, Stadt Bernstadt,
Bogschütz, Bo. Frau, Bries, Buchwald, Bukowinle, Buselwitz.
Montag, den 1. Februar 1909.
Nachmittags 3 Uhr.
Carlsburg, Crompusch, E. onenort, E. anersdorf, E. ungenndorf,
Dammer, Dobritschau, Döberle.
Dienstag, den 2. Februar 1909.
Vormittags 8 Uhr.
Dörndorf, Domatschne, Eichengof, Eichgrund, Fürsten-Elguth,
Alt-Elguth, Groß-Elguth, Klein-Elguth, Neu-Elguth,
Galbitz, Gimmel, Görtitz, Groß-Graben.
Dienstag, den 2. Februar 1909.
Nachmittags 3 Uhr.
Grünelche, Grüntenberg, Gutmohe, Hönigern, Stadt Hundseld
und Gut Hundseld, Jachsbau, Jantschdorf.
Mittwoch den 3. Februar 1909.
Vormittags 8 Uhr.
Jentwitz, Stadt und Dorf Jumburg, Kaltbormert, Korfchitz,
Kraschen, Kritschen, Kurzwitz, Lampersdorf Vangenhof, Vange-
wiese, Vansatz, Veuchten, Volschwitz, Ludwigsdorf.
Mittwoch, den 3. Februar 1909.
Nachmittags 3 Uhr.
Mallers, Meditz, Mirtau, Ober-, Nieder-, Mittel-, Klein-
Mühlatschütz, Ober- und Nieder-Mühlwitz.
Donnerstag, den 4. Februar 1909.
Vormittags 8 Uhr.
Naule, Netsche, Neudorf bei B., Neudorf b. J., Neuhauz,
Neuhof b. R., Neuhof b. W., Neuvorwerk, Klein-Dels,
Schloß Dels, Oppeln und Neugarten, Ostrowine, Pangau,
Patschitz, Klein-Peterwitz, Peule.

Donnerstag, den 4. Februar 1909.

Nachmittags 3 Uhr.

Bischlawa, Bontwitz, Postwitz, Prietze, Bühlau, Raak.

Freitag, den 5. Februar 1909.

Vormittags 8 Uhr.

Katze, Neefwitz, Roßherinne, Sacrau, Sadewitz, Schiderwitz, Schleibitz, Schmarz, Neu-Schmollen, Ober- und Nieder-Schmollen, Schmoltzschütz, Schönau.

Freitag, den 5. Februar 1909.

Nachmittags 3 Uhr.

Schützenhof, Schwieritz, Schwunditz, Seckelsdorf, Sibyllenort, Epahlitz, Stampen.

Donnerstag, den 6. Februar 1909,

Vormittags 8 Uhr.

Stein, Strehlitz, Stronn, Sühnittel, Teichertwitz, Ulbersdorf, Vielguth, Vogelersdorf, Wabnitz, Weidenbach, Groß- und Klein-Weigelsdorf.

Donnerstag, den 6. Februar 1909,

Nachmittags 3 Uhr.

Weissensee, Wiesegrade, Wiloschütz, Wilhelminenort, Woltsdorf, Württemberg, Zantow, Zessel, Ziegelhof, Groß- und Klein-Zöllitz, Zuckau.

Montag, den 8. Februar 1909,

von 8 Uhr Vormittags ab

die Stadt Dels.

Die Stammrollenführer haben zu den angeordneten Revisionen pünktlich zu erscheinen und vorzulegen:

1. Die Stamminrollen von 1907, 1908 und 1909 sowie die Restantenlisten der älteren Jahrgänge und die Geburtslisten.
2. Die landesamtlichen Geburtszeugnisse der im Jahre 1889 auswärts geborenen Militärpflichtigen.
3. Die Lösungsscheine der im Jahre 1887, 1888 und früher geborenen Militärpflichtigen.
4. Die Benachrichtigung über die vorgekommenen Sterbefälle von Personen männlichen Geschlechts unter 25 Jahren.

Die Termine sind genau innezuhalten. Anträge, an einem anderen Tage erscheinen zu dürfen, als wie oben festgesetzt, müssen hier vorher rechtzeitig angebracht werden. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß solchen Anträgen nur in ganz ausnahmswürdigen Fällen stattgegeben werden kann, da jede Abweichung von der obigen Reihenfolge hier eine Verzögerung in der Aufstellung der neuen alphabetischen Liste hervorruft.

Nr. 22.

Dels, den 16. Januar 1909.

Am 1. April d. J. treten die Vorschriften der Novelle zum Unterstützungswohnstättengesetz vom 30. Mai 1908 (Reichsgesetz Bl. S. 377) in Kraft. Durch diese Novelle ist die Frist für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnstättens auf ein Jahr, das Alter der Armenmündigkeit vom 18. auf das 16. Lebensjahr herabgesetzt und der Dienst- oder Arbeitsort zur Gewährung von Kur- und Verpflegungskosten auf die Dauer von 26 Wochen für den Fall verpflichtet worden, daß die Hilfsbedürftigkeit durch Erkrankung des Arbeiters oder seiner bei ihm befindlichen Angehörigen hervorgerufen ist und daß der Arbeiter vorher am Arbeitsort mindestens eine Woche gegen Gehalt oder Lohn in einem und demselben Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden hat, oder daß die Erkrankung innerhalb einer Woche nach Beendigung eines solchen Arbeitsverhältnisses eingetreten ist.

Unzweifelhaft werden diese Vorschriften von Einfluß auf die künftige Belastung der Gemeinden mit Armenlasten

sein; namentlich darf eine Entlastung derjenigen Gemeinden erwartet werden, die künftig für ihre nach den Städten und Industriegebieten abströmenden Angehörigen nur noch während eines einjährigen Zeitraums nach Erreichung des 16. Lebensjahres in Anspruch genommen werden können. Auch die Verpflichtung des Dienst- und Arbeitsorts zur Gewährung von Krankenunterstützung wird voraussichtlich in gleicher Richtung wirken.

Nr. 23.

Dels, den 16. Januar 1909.

Betrifft die außertermintliche Musterung der Volksschullehrer.

- a. Volksschullehrer, die nicht im Besitz des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Dienst sind. —

Die Volksschullehrer können, soweit sie an dem alljährlichen regelmäßigen Ersatz- und Ober-Erziehungsamt nicht teilnehmen konnten, außertermintlich gemustert werden, wenn triftige Gründe ihre außertermintliche Musterung rechtfertigen. Die außertermintlichen Musterungen dürfen nur in ausnahmswürdigen Fällen vorgenommen werden. Ein solcher Fall läge z. B. vor, wenn der Volksschullehrer unmittelbar nach abgeschlossenem Seminarbesuch seiner Militärpflicht genügen will, oder wenn er seine definitive Anstellung im Schuldienste zu erwarten hat und daher die endgültige Regelung seines Militärverhältnisses erforderlich ist.

Die außertermintlichen Musterungen werden vorgenommen im Monat Februar jedes Jahres zum Dienst Eintritt am 1. April oder im Monat August jedes Jahres zum Dienst Eintritt am 1. Oktober.

- b. Volksschullehrer, welche den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst besitzen. —

Für diese Lehrer kommen die Bestimmungen zur Anwendung, die für die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten erlassen sind. Die einschlägigen Paragraphen sind auf dem Berechtigungsscheine abgedruckt. Hiernach haben die Lehrer sich vor Ablauf der ihnen bewilligten Zurückstellung bei irgend einem Truppen- oder Marineheil zum Dienst Eintritt zu melden. Erst wenn sie von dem Truppenteil wegen Dienstuntauglichkeit vom Dienst Eintritt zurückgewiesen worden sind, können sie behufs Fortführung der endgültigen Entscheidung über ihr Militärverhältnis zur Vorstellung bei dem nächsten Ober-Erziehungsamt herangezogen werden. Ihre außertermintliche Musterung — d. h. ihre sofortige Musterung, ohne das nächste Ober-Erziehungsamt abzuwarten — ist auch nur in ausnahmswürdigen Fällen zulässig und zwar unter denselben Bedingungen nur, wie sie oben mitgeteilt sind. —

Die Ortsbehörden des Kreises ersuche ich, Vorstehendes zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Sollten sich Volksschullehrer zur außertermintlichen Musterung melden, weil ein triftiger Grund hierzu vorliegt, so sind mir diese bis zum 15. Februar d. J. unter Angabe des Grundes durch einen vollständigen Stammbuchauszug nachzuweisen, worauf hier das Weitere veranlaßt werden wird.

Nr. 24.

Dels, den 12. Januar 1909.

Betrifft Vorschriften über die Gefangenen-Sammeltransporte auf Eisenbahnen.

In meiner Kreisblattbekanntmachung vom 24. November v. J. Kreisblatt Nr. 42 S. 238 ist angeordnet, daß die Mitteilung, des den Transport veranlassenden Verurteilten, ob die Transportkosten zu den Gerichtsamt n mitzutheilen sind oder nicht, auf der zweiten Seite des Transportzettels

vor dem Datum anzugeben ist. Da diese Verfügung nicht genügend beachtet wird, hat der Königliche Herr Regierungspräsident zu ihrer Ergänzung angeordnet, daß auf jedem Transportzettel an der oben erwähnten Stelle je nach der Mittheilung des Gerichts zu stehen hat entweder:

Um Mittheilung der Transportkosten wird ersucht,
oder:

Auf Mittheilung der Transportkosten wird verzichtet.

Nr. 25. Breslau, den 29. Dezember 1908.

Nach § 53 Absatz 2 letzter Satz des Schulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906 haben Geisliche und Lehrer bei Beschlüssen der Schulvorstände von Gesamtschulverbänden über Angelegenheiten betreffend die Feststellung des Schulhaushaltes, die Bewilligung der für die Schulen erforderlichen Mittel und die Rechnungsentlastung kein Stimmrecht. Dies gilt auch für den Fall, daß sie Verbandsvorsteher sind. Da sie keine Stimme in diesen Angelegenheiten haben, so können sie bei Stimmengleichheit auch nicht als Verbandsvorsteher durch ihre Stimme den Ausschlag geben. Steht in solchen Fällen, in denen Geisliche pp. Verbandsvorsteher sind, und in denen sie kein Stimmrecht haben, Stimmengleichheit vor, so ist nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verfahren, d. h. es steht nach § 63 II, 6 A. L. R. der Schulaufsichtsbehörde das Recht zu, zu entscheiden. In solchen Fällen sind die Beschlüsse uns vorzulegen.

Wenn auch in den genannten Finanzangelegenheiten den Geislichen und Lehrern ein Stimmrecht nicht zusteht, so haben sie doch das Recht, an den Beratungen über diese Angelegenheiten teilzunehmen und können sich selbstverständlich an der Debatte betheiligen. Nur wenn sie an den Verhandlungen und Beschlüssen persönlich interessiert sind, dürfen sie auch an den Beratungen nicht theilnehmen. Dies gilt übrigens auch für die anderen Schulvorstandsmitglieder.

Bei Beratungen über Festsetzung der Dienstbezüge der Lehrer werden die Lehrer soweit ihr Gehalt davon berührt wird, stets als persönlich interessiert im Sinne des § 53 Absatz 2 l. c. anzusehen sein.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Dels, den 12. Januar 1909.

Vorstehende Regierungsverfügung bringe ich hiermit zur Kenntniß der Schulvorstände.

Nr. 26. Oels, den 21. Januar 1909.

Unter Bezugnahme auf meine Kreblblatt-Bekanntmachung vom 12. Januar 1907 (Kr.-Bl. S. 18) bringe ich den Magisträten, Gemeindevorständen und Herren Gutsvorstehern die möglichst baldige Einreichung der Nachweisung über den Bestand an Rähren, bedrängten Kindern und geschlechtsreifen Vullen nach dem Stande vom 1. Dezember 1908 in Erinnerung.
Spätester Termin 1. Februar.

Nr. 27. Oels, den 14. Januar 1909.

Die Gemeindevorstände und Herren Gutsvorsteher des Kreises, welche noch mit der Einreichung der Erhebungsblätter für Hagelwetter usw. im Rückstande sind, fordere ich hierdurch auf, mit die Blätter sofort einzureichen.

Nr. 28. Berlin, den 14. Dezember 1908.

In einer Beschlusse Nr. 52 des Zentralblattes für das Deutsche Reich für 1908 sind die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen A—D zum Schlacht-

vieh- und Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900, sowie das Verzeichniß der Einlaß- und Untersuchungsstellen für das in das Zollland eingehende Fleisch (Anlage F zur Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 30. Mai 1902, Zentral-Bl. f. d. D. R. Beilage zu Nr. 22) und das Verzeichniß der Untersuchungsstellen für ausländisches Fleisch (Anlage zur Bekanntmachung vom 10. Februar 1903, Zentral-Bl. f. d. D. R. S. 46) in der gegenwärtig geltenden Fassung neu veröffentlicht worden.

Sachliche Änderungen haben die Bestimmungen nicht erfahren. Von der Mittheilung von Abdrucken der Veröffentlichung wird daher abgesehen.

In der gemeinschaftlichen Belehrung für Beschauer, die nicht als Tierarzt approbiert sind (Ausführungsbestimmungen C), ist im zweiten Abschnitt unter I Nr. 13 (Schweinpest) eine Unstimmigkeit beseitigt worden. Der Abs. 4 a. a. O. lautet in der bisherigen Fassung:

„Auf die Schlachtvieh- und Fleischschau finden die Bestimmungen für Schweinefleisch (vergl. Nr. 12) sinngemäße Anwendung.“ Diese Fassung ist nicht mehr zutreffend, nachdem durch die Bekanntmachung vom 16. Juni 1906 (Zentral-Bl. f. d. D. R. S. 651) die Zuständigkeit der nichttierärztlichen Beschauer auf bestimmte Fälle chronischer Schweinefleisch ausgebeht und dementsprechend der diese Sache behandelnde Teil der gemeinschaftlichen Belehrung (I Nr. 12 a. a. O.) geändert worden ist. Der Absatz 4 unter I 13 hat daher in der neuen Veröffentlichung folgende Fassung erhalten:

„Wie beim Rollaufe (vergl. Nr. 10) darf die Schlachtung nur bedingungsweise gestattet werden (§ 15, § 11 Abs. 1, 3). Der Polizeibehörde ist Anzeige zu erstatten (§ 14, 32).“

Die Beurteilung des Fleisches bleibt dem Tierarzte vorbehalten (§ 31).“ Diese Fassung stellt klar, daß hinsichtlich der Zuständigkeit der nichttierärztlichen Beschauer bei Schweinepest durch die Bekanntmachung vom 16. Juni 1906 keine Änderung eingetreten ist. In der Anweisung für die chemische Untersuchung von Fleisch und Fetten (Anlage d zu den Ausführungsbestimmungen D) sind zwei Druckfehler der Bekanntmachung vom 22. Februar d. Js. (Zentral-Bl. f. d. D. R. S. 59) berichtigt worden. Im ersten Abschnitt unter I Abs. 4 muß es im zweiten Satze statt „eine Hälfte aller Einzelpuben“ heißen: „eine Hälfte aller Fleischstücke“, im zweiten Abschnitt unter III Absatz 3 sind hinter den Worten „unbeschadet der Bestimmung im zweiten Abschnitt unter I 2“ die Worte „zu unterlassen“ irrtümlich fortgeblieben.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Dels, den 12. Januar 1909.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntniß der Fleischbeschauer.

Nr. 29. Oels, den 16. Januar 1909.

Infolge der stetigen Steigerung der wirklichen Ausgaben hat sich eine Reuefizierung der Pflegekosten in den schließlichen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten als notwendig erwiesen, und der Provinzialausschuß hat dem nächsten Provinziallandtage eine Erhöhung des Tagesgates auf 1,50 M. pro Kopf in der II. Klasse und auf 2 M. in der I. Klasse vorgeschlagen. Davon werden auch die auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1891 in Anstaltspflege untergebrachten Geisteskranken betroffen, denn für diese muß der Landesarmenverband die vollen Kosten zahlen. Demnach erscheint es angemessen, auch eine Erhöhung der in § 25 Absatz 1 Ausführungsverordnung vom 11. April 1895 (Anlage

Stück 18) auf täglich 69 Pf. festgesetzten Individualkosten vorzunehmen. Eine Prüfung hat ergeben, daß diese Individualkosten etwa die Hälfte der gesamten Kosten ausmachen. Sie auf 50% der Gesamtkosten zu normieren und den genannten Paragraphen entsprechend abzuändern, ist dem Provinziallandtage vorgeschlagen worden.

Die Armenverbände und Kreise hätten hiernach für jeden Geisteskranken täglich 75 Pf. (der Kreis $\frac{2}{3}$, der Armenverband $\frac{1}{3}$) zu zahlen und zwar vom 1. April 1909 ab.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 30. Dels, den 12. Januar 1909.

Der Hebammenbezirk Briese ist vakant. Bewerberinnen können sich melden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 31. Dels, den 15. Januar 1909.

Der nächste Kursus zur Ausbildung von Behrschmiedemeistern an der Behrschmiede zu Charlottenburg beginnt

Montag, den 5. April 1909.

Anmeldungen sind an den Leiter des Instituts, Oberstabsarzt a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße Nr. 58, zu richten.

Nr. 32. Berlin, den 30. Dezember 1908.

Die durch Erlaß vom 21. Dezember v. Js. — II b 5675 — begründete Verpflichtung zur Beschaffung von Inlandsausweispapieren wird vom 1. Februar l. Js. an auf sämtliche ausländische Arbeiter ausgedehnt.

Demnach finden die Bestimmungen des genannten Erlasses auf die Ausstellung von Legitimationskarten für die bisher nicht legitimierungspflichtigen ausländischen Arbeiter mit folgender Maßgabe Anwendung.

a. Zum Zwecke der Ausstellung der Inlandsausweispapiere werden in nachstehend bezeichneten Orten weitere Grenzämter der deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle in Berlin errichtet:

1. Böhren, Kreis Hadersleben,
2. Weener, Kreis Weener,
3. Borken, Kreis Borken,
4. Kalbentkirchen, Kreis Kempen (Rheinprovinz),
5. Aachen, Stadtkreis Aachen,
6. Saarbrücken, Kreis Saarbrücken.

b. Die Legitimationskarten für die italienischen Arbeiter sind grün, für die niederländischen Arbeiter blau.

c. Von der Erhebung der in Nr. 5 des genannten Erlasses festgesetzten und durch den Erlaß vom 4. Dezember d. Js. — II b 4919 — für die dort in Betracht

kommenden Arbeiter von neuem in Kraft gesetzten erhöhten Gebühr von 5 Mark ist für die bis jetzt dem Legitimationszwange noch nicht unterliegenden Arbeiter bis auf weiteres abgesehen.

Die Erlasse vom 16. Januar II b 84 — 31. Januar — II b 5819 — 9. Juli — II b 3192 —, 4. Dezember d. Js. — II b 4919 — letzterer mit Ausnahme der Nr. 4, finden auf die nach vorstehenden Bestimmungen angeordnete Inlandslegitimierung sinngemäße Anwendung. Über die Durchführung dieses Erlasses sehe ich einer gefälligen Berichterstattung bis zum 1. Juli l. Js. entgegen.

Zum Zwecke der durch Nr. 4 der erwähnten Verfügung vom 4. Dezember v. Js. bedingten stärkeren Besetzung der Westgrenze der Provinz Schlessen wird noch ein Grenzamt in Friedland, Kreis Waldenburg errichtet.

Der Minister des Innern.

gez.: von Kolke.

Dels, den 13. Januar 1909.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntniß der Ortspolizeibehörden.

Ueber die Durchführung dieses Erlasses sehe ich zugleich zu meiner Kreisblattverfügung vom 17. v. Mts. einem Bericht bis 10. Mat d. Js. entgegen.

Nr. 38. Dels, den 11. Januar 1909.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchste Ordre vom 14. September v. J. der deutschen Kolonialgesellschaft die Genehmigung zur Veranstaltung einer dritten, in 10 Serien auszuspielenden Geldlotterie zu Zwecken der deutschen Sauggebiete mit einem Gesamtspielfkapitale von 10 890 000 Mark und einem Reinertrage von 3 300 000 Mark unter der Bedingung zu erteilen geruht, daß von dem Gesamtspielfkapital $\frac{4}{6}$ also 7 260 000 Mark in Preußen, die übrigen $\frac{2}{6}$, vorbehaltlich der Genehmigung der betreffenden Landesregierungen, in den anderen Bundesstaaten auszuspielen sind. Nach dem genehmigten Lotterieleplan vom 19. September 1908 sollen in jeder der 10 Serien 330 000 Lose zum Preise von je 3,30 Mark ausgespielt werden, wovon im diesseitigen Staatsgebiete entsprechend einem Spielfkapital von 726 000 Mark pro Serie 220 000 Stück abgesetzt werden dürfen.

Nr. 34. Dels, den 6. Januar 1909.

Personal-Chronik.

Bestätigt: Der Freistellungsbesitzer Karl Bode als Nachwächter und Gemeindevote der Gemeinde Patschkow.

Der Königliche Landrath.

Graf Kospoth.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Breslau I, 15. Januar 1909.

Bekanntmachung.

Die Pauschgebühr für Fernsprechanschlässe des Ortsfernsprechnetzes in Dels (Schles.) wird auf Grund der §§ 2 und 3 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzbl. Seite 711) vom 1. April 1909 ab auf 120 Mark jährlich erhöht. Die Teilnehmer sind berechtigt, zum 1. April 1909 entweder ihren Anschluß mit einmonatiger Frist zu kündigen oder an Stelle der Pauschgebühr

- a) die Grundgebühr von jährlich 60 Mark,
- b) eine Gebühr von 5 Pf. für jedes Gespräch, mindestens jedoch jährlich 20 Mark

zu entrichten.

Entsprechende Anträge sind vor Ablauf des Monats Februar schriftlich bei dem Kaiserlichen Postamt in Dels (Schles.) zu stellen. Teilnehmer, die bis zu diesem Zeitpunkt weder gekündigt, noch den Uebergang zur Grund- und Gesprächsgebühr beantragt haben, werden vom 1. April d. J. ab zur Zahlung der erhöhten Pauschgebühr herangezogen.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Nach einer Zeitung.

Beilage zu Nr. 3 des Oelser Kreisblattes.

Oels, den 7. Januar 1909.

Bekanntmachung.

Die Königl. Kreisasse ist für den regelmäßigen Geschäftsverkehr geöffnet an allen Werktagen
Vormittags von 8 bis 1 Uhr

mit Ausnahme

1. der Zeit der gewöhnlichen Rassenrevision am letzten oder wegen Sonntags am vorletzten jeden Monats,
2. der Zeit der außergewöhnlichen Rassenrevision, welche durch besonderen Aushang kenntlich gemacht wird,
3. der beiden letzten Werkstage vor dem 1. Mai wegen Jahres-Rassen-Abschlusses, wo der Geschäftsverkehr der Kasse für nicht ausnahmsweise dringende Fälle geschlossen ist.

Königliche Regierung.

Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gleichzeitig werden die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände ersucht, die durch Bekanntmachung der Königl. Regierung vom 14. Mai 1892 festgesetzten Steuerablieferungsfristen pünktlich innezuhalten.

(Kreisblatt Nr. 21 vom 20. Mai 1892, Seite 79).

Königliche Kreisasse.

Oels.

Oels, den 11. Januar 1909.

Bekanntmachung.

Mörder Bierwagen betreffend.

300 Mark Belohnung.

Am 5. Januar d. J., nachmittags wurde die geschiedene Martha Bierwagen, geb. Rachut, in ihrer Wohnung Mariannenstraße 30 ermordet aufgefunden.

Als Täter kommt der Ehemann der Ermordeten, Schleifer, auch Gärtner Wilhelm Bernhard Bruno Bierwagen, am 26. 4. 1870 zu Berlin geboren, in Frage. Derselbe ist seit dem 4. d. Mts. unter Mitnahme eines Zweirades, Marke „Romina“ Nr. 51554, einer silbernen Ankeruhr Nr. 753752, einer silbernen Anker-Savonnetteuhr Nr. 22 und eines größeren Geldbetrages verschwunden.

Wenngleich Bierwagen die Absicht geäußert hat, Selbstmord zu begehen, so sprechen doch andere Momente dagegen. Vielleicht bedient er sich der Namen Victor Herbst oder Oskar Stedenhaar. Er hat zuletzt Blumenhandel getrieben, ist wiederholt wegen Rohheitsdelikte, zuletzt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange pp. mit 8 Jahren Zuchthaus bestraft und hat sich seiner Zeit in einer Erdhöhle im Kreise Ost-Sternberg versteckt gehalten.

Beschr. 1,73 Meter groß, schlank, aber kräftig, blondes Haar, blaßes Gesicht, blaue Augen, vorsiehende Backenknochen, spitze hängende Nase, mittelstarker rötlichblonder Schnurrbart, defekte Zähne. Auf dem linken Handrücken ein Totenkopf, darunter gekreuzte Knochen tätowiert. Er soll die Schultern etwas hoch ziehen und nach vorn geneigte Haltung haben.

Bekleidet war er zuletzt mit blauem Jacketanzug, dunklem Ueberzieher, hellbraunem weichen Filzhut oder grauer Sportmütze, gelben Schnürstiefeln.

Unter Hinweis auf obige Belohnung ersuche ich um eingehendste Ermittlungen sowohl nach Bierwagen in Gasthöfen und Herbergen pp., als auch nach den etwa bei Bandleibern, Trödlern, Radhändlern veräußerten Uhren bezw. Fahrrad sowie schnelle Mittheilung jeder aufgefundenen Spur zu 43. IV. 10. 09. Vergleiche auch Deutsches Jagdungsblatt Stück 2981 Nr. 26 und 2983 Nr. 1.

Der Polizeipräsident, Abtlg. IV.

Olewig, den 6. Januar 1909.

Bei dem unterzeichneten Regiment können sich junge Leute, die ihrer Militärpflicht freiwillig genügen wollen, zum Dienstintritt für Herbst 1909 melden.

Persönliche Vorstellung an Wochentagen bis 10 Uhr vormittags im hiesigen Regiments-Geschäftszimmer unter Vorzeigung eines Meldebogens erforderlich.

Größe mindestens 1,67 Mtr. Reisekosten werden nicht erstattet.

Infanterie-Regiment von Rahlert (Schles.) Nr. 2.

Graf Matuschka,

Oberstleutnant und Regimentskommandeur.